

Aus der Frühzeit der Gewerkschaftsinternationale

Die drei Bände „Die Gewerkschaftsbewegung“ von Dr. Siegfried Nestriepke sind noch heute, mehr als vierzig Jahre nach ihrem Erscheinen (1919—1921), die klassische Geschichte der deutschen und internationalen Gewerkschaftsbewegung. Mit freundlicher Erlaubnis des Verfassers haben wir, als Beitrag zu diesem dem Siebenten Weltkongreß des IBFG gewidmeten Heft, einige Abschnitte aus dem hochinteressanten und höchst lehrreichen Werk ausgewählt.

I

Der einst von der ersten Internationale so stark betonte Gedanke, daß die Gewerkschaften sich international zusammenschließen müßten, war auch unter dem Sozialistengesetz nicht verlorengegangen, nur daß sich wenig Gelegenheit bot, internationale Verbindungen zu pflegen. Immerhin stand z.B. der *Deutsche Buchbinderverband* 1885 schon wieder in einem Kartellverhältnis mit einigen österreichischen und Schweizer Fachvereinen zwecks gegenseitiger Unterstützung der wandernden Mitglieder, und als auf einer Konferenz englischer und französischer Bergarbeiter 1888 der Plan eines *internationalen Bergarbeiterkongresses* auftauchte, waren die deutschen Bergarbeiter mit ganzem Herzen bei der Sache und entsandten zu dem in *Jolimont* im Mai 1890 tagenden Kongreß fünf Delegierte aus dem Ruhrrevier, obgleich der Gelsenkirchener Landrat Geldsammlungen für die Kosten der Delegation verboten hatte und sogar das Gerücht ging, die Delegierten sollten wegen Landesverrats verhaftet werden. Die Folge des Kongresses in Jolimont war die Errichtung eines Internationalen Verbandes, dessen Statuten im Juli des gleichen Jahres auf deutschem Boden — in *Köln* — ausgearbeitet wurden.

Als nach dem Fall des Sozialistengesetzes die Erörterungen über die Neugestaltung der Organisationen einsetzten, spielte die Herstellung internationaler Verbindungen sofort eine bemerkenswerte Rolle. Sie wurde von manchen Rednern der ersten Gewerkschaftskonferenz in *Berlin* 1890 stark betont, und die provisorisch dort gewählte Generalkommission suchte sofort die Beziehungen mit dem Ausland aufzunehmen; u. a. entsandte sie zwei ihrer Mitglieder nach England, um dort für die Unterstützung deutscher Streiks zu sammeln. Der *Halberstädter* Kongreß 1892 erhob die Pflege internationaler Verbindungen zur Pflicht der nun endgültig eingesetzten Generalkommission. Zu gleicher Zeit regten sich in manchen deutschen Berufsverbänden Bestrebungen, mit den verwandten Berufsverbänden jenseits der Grenzen Beziehungen anzuknüpfen. So erließ der Vorstand des deutschen *Schlosser- und Maschinenbauer-Verbandes* 1891 eine Kundgebung „für ein Zusammenwirken aller Kräfte und aller Nationen“ und schlug einen *internationalen Metallarbeiterkongreß* vor. Die Folge dieses Aufrufs war eine Zusammenkunft von Vertretern der Metallarbeiterverbände verschiedener Länder in *Brüssel*, die eine dauernde gemeinsame Arbeit anbahnte.

In den folgenden Jahren kam es in allen Berufen zur Anknüpfung internationaler Beziehungen. Mehr und mehr bürgerte es sich ein, daß Delegierte der einzelnen Landesgewerkschaften als Gäste die Kongresse der Gewerkschaften anderer Länder besuchten oder auch Informationsreisen unternahmen, um die Einrichtungen in den Gewerkschaften fremder Länder kennenzulernen. Das Ergebnis der Annäherung unter den Berufsvereinigungen der einzelnen Länder war die *Gründung zahlreicher Berufs- oder Industrie-Unionen* oder wenigstens die Errichtung internationaler Berufssekretariate als Zentralstellen für die Vermittlung des internationalen Verkehrs. Bis zum Kriegsausbruch 1914 wurden 32 internationale Sekretäre bestellt. 1901 fand anlässlich des Skan-

dinavischen Arbeiterkongresses in *Kopenhagen*, dem auch Vertreter mehrerer nicht-skandinavischer Gewerkschaftszentralen als Gäste beiwohnten, zum erstenmal eine Konferenz der Sekretäre der Landeszentralen der Gewerkschaften statt. Seither wiederholten sich diese Konferenzen mit steigender Beteiligung alle Jahre oder zwei Jahre. Die achte internationale Konferenz in *Zürich* 1913 beschloß die Zusammenfassung der dem Internationalen Sekretariat angegliederten Gewerkschaften in einen *Internationalen Gewerkschaftsbund*. Anschließend an diese Konferenz fand auch eine erste Konferenz der von den einzelnen Berufsorganisationen bestimmten internationalen Berufssekretäre statt. Die Zahl der mit dem Internationalen Sekretariat im Verkehr stehenden Landeszentralen und noch mehr die Zahl der von ihnen repräsentierten Gewerkschaftsmitglieder war ständig gewachsen: 1904 berichteten 14 Landeszentralen mit 2 378 975 Mitgliedern, 1907 waren es 16 Landeszentralen mit 4 079 805 Mitgliedern, 1912: 19 Zentralen mit 7 394 461 Mitgliedern, 1913 traten noch Neuseeland und Südafrika hinzu.

Mancherlei Vereinbarungen wurden getroffen. Vor allen Dingen Abmachungen über den wechselseitigen Austausch der Publikationen und Zeitungen und über eine regelmäßige Berichterstattung an das Internationale Sekretariat über alle wichtigeren, die Arbeiterbewegung betreffenden Vorgänge und den Stand der Bewegung. Mehrfach begannen die internationalen Sekretäre mit der Herausgabe mehrsprachiger Korrespondenzblätter. Solche Organe erschienen für die Metallarbeiter, Holzarbeiter, Textilarbeiter, Transportarbeiter, Lithographen und Handlungsgehilfen. Außerdem gab der Internationale Gewerkschaftsbund ein mehrsprachiges Korrespondenzblatt heraus. Manche der internationalen Zusammenkünfte schufen Richtlinien auch für die *sozialpolitischen Forderungen*, die von allen Organisationen erhoben werden sollten: vor allen Dingen in bezug auf Erweiterung der Arbeiterschutzbestimmungen und auf Verkürzung der Arbeitszeit. Auch kam es in zunehmendem Maße zu Gegenseitigkeitsverträgen zwischen den Landesorganisationen über die Behandlung der aus- bzw. einwandernden Mitglieder. Die Verwaltungsstellen wurden vielfach verpflichtet, die sich nach dem Ausland abmeldenden Mitglieder bereits nach Möglichkeit über die Verhältnisse in ihrem Ziel-land zu unterrichten, womöglich ihnen besondere gedruckte Orientierungsblätter auszuhändigen. Hier und dort kam es bereits zur Einführung internationaler Mitgliedsbücher, die für die Beitragsquittungsmarken der Organisationen aller Länder zu benutzen waren.

Vor allen Dingen erhielten die internationalen Verbindungen natürlich Bedeutung für die gegenseitige Unterstützung bei Kämpfen. Hier wurde in den Kartellverträgen meist eine moralische wie finanzielle Unterstützung vorgesehen: durch Maßnahmen zur Fernhaltung von Streikbrechern und zur Verhütung von Streikarbeit, unter Umständen durch Anordnung eines Unterstützungstreiks, und sodann durch Sammlung und Zuweisung von Beiträgen für solche Kämpfe, zu deren Durchführung die Mittel der Gewerkschaft oder auch der Gewerkschaften des einen Landes sich als zu schwach erwiesen.

Die Unterstützung ausländischer Streiks durch umfassende Maßnahmen zur Fernhaltung von Zuzug ließen sich die deutschen Gewerkschaften stets angelegen sein. Der Streik der österreichischen Bergarbeiter im Jahre 1900 wurde für den deutschen Bergarbeiterverband Anlaß zu einem Aufruf, alle Oberschichten zu verweigern. Eine Konferenz der Mitglieder mehrerer mitteldeutscher Bezirke erhob auch die Forderung einer Einstellung aller Kohlenausfuhr nach Österreich und machte sie mit zu einem Punkt ihres Programms, das sie gerade durch einen Streik zu verwirklichen suchte. Beim Streik der deutschen Kohlenarbeiter im Ruhrrevier 1905 wurde dafür den Kämpfenden Unterstützung zuteil durch einen gleichzeitigen Streik von 15 000 belgischen Bergleuten...

Da brach der Weltkrieg aus. Er zerriß nicht nur die meisten der internationalen Verbindungen, die sich angeknüpft hatten; er beraubte die Gewerkschaften ihrer führen-

den Rolle; er trieb sie in eine schwere innere Krise; er wurde für sie von schlechtweg entscheidender Bedeutung . . .

II

Erfreulich rasch und vollständig kam es nach Beendigung des Krieges wieder zur Aufnahme der internationalen Beziehungen. Grundlegend wurde hier die internationale Konferenz, die Anfang Februar 1919 in *Bern* zusammentrat; es fehlten die Amerikaner und Belgier, ebenso waren keine Vertreter der russischen Gewerkschaften anwesend, aber Deutsche, Franzosen, Engländer und die Vertreter der neutralen Staaten fanden sich einträchtig zusammen. Mit 23 Stimmen bei einigen Enthaltungen beschloß diese Konferenz: „*War schon vor dem Kriege der Bestand einer starken und gefestigten Gewerkschaftsinternationale eine der wichtigsten Voraussetzungen für den sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse aller Länder, so ist deren unbedingte Notwendigkeit für die Zukunft noch mehr gegeben.*“ Die Konferenz forderte daher die in Amsterdam bestehende Zweigstelle des Internationalen Gewerkschaftsbundes auf, im Einvernehmen mit den dem Bunde angehörenden Landeszentralen und der Korrespondenzstelle der weststaatlichen Gewerkschaften in Paris so rasch wie möglich eine neue internationale Zusammenkunft einzuberufen.

Dies geschah mit der Veranstaltung des Internationalen Gewerkschaftskongresses in *Amsterdam*, der im Juli 1919 zusammentrat. Hier waren — von Rußland abgesehen — auch jene Glieder der alten Internationale vertreten, die in *Bern* noch gefehlt hatten: Amerika, Belgien, Böhmen, Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Holland, Österreich, Luxemburg, Norwegen, Spanien, Schweden und die Schweiz hatten Delegationen entsandt; die Italiener wurden nur dadurch ferngehalten, daß sie ihre Reisepässe zu spät erhielten. Das Jahr 1919 brachte auch bereits wieder die ersten internationalen Berufskongresse, deren Reihe 1920 fortgesetzt wurde: Buchdrucker und Lithographen, Holzarbeiter und Bauarbeiter, die Arbeiter der öffentlichen Betriebe und die Schuhmacher, die Bergleute und die Seeleute, die in der Nahrungsmittelindustrie und die in der Bekleidungsindustrie beschäftigten Arbeiter, die Metallarbeiter usw. fanden sich wieder zusammen, und das Jahr 1920 brachte überdies noch einen internationalen Kongreß auch der Landarbeiter, die bisher keine internationale Verbindung gehabt hatten — einen Kongreß, auf dem bereits mehr als zwei Millionen organisierter Landarbeiter vertreten waren.

Überall war man einsichtig genug, zu erkennen, daß die durch den Krieg heraufbeschworenen Gegensätze zurücktreten mußten hinter dem starken Interesse der Arbeiterschaft an internationalem Zusammenwirken. Ist doch tatsächlich auch der Erfolg gerade des gewerkschaftlichen Strebens nach Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft in höchstem Maße dadurch bedingt, daß gleichstrebende Kräfte in den anderen Ländern gleichermaßen die Lebensverhältnisse der Arbeiter zu heben suchen!

So wurde überall nicht nur die alte Verbindung wiederaufgenommen, sondern vielfach die Vereinigung durch Ausbau der organisatorischen Grundlagen auf eine solidere Basis gestellt als bisher. Die Internationale verbreiterte sich seit *Amsterdam* durch die Aufnahme der Gewerkschaftszentralen von Argentinien, Griechenland und Südafrika. Ferner beschloß der Bundesvorstand, künftighin eine engere Verbindung mit den Internationalen Berufssekretariaten herzustellen, als sie bis dahin üblich war, aber jede Verbindung mit einer internationalen politischen Organisation abzulehnen — angesichts der Zersplitterung der alten politischen Internationale ein nicht nur gerechtfertigter, sondern auch notwendiger Beschluß.

III

Fast allgemein begnügten sich die internationalen Kongresse nicht mit der Formulierung einzelner Reformvorschläge, sondern stellten als letztes Ziel ihres Strebens die Beseitigung der Lohnarbeit im Dienste des privaten Kapitals überhaupt hin. Nachdem das schon auf der Berner Konferenz geschehen war, betonte auch der Amsterdamer Kongreß unter Hervorhebung der Tatsache, daß die Gewerkschaften Vorbedingung und Grundlage für die Verwirklichung des Sozialismus seien, die Notwendigkeit, „*die Bestrebungen und die Aktion des Proletariats aller Länder zu richten auf die Sozialisierung der Produktionsmittel*“. Das Internationale Büro forderte unter dem 1. April 1920 auf Grund der Zielsetzung des Internationalen Bundes in einem dringenden Manifest auf, „alle Kräfte für eine energische Aktion zugunsten der Sozialisierung“ einzusetzen. Auch hier ergänzten die Berufskongresse die von den Vertretern der Landeszentralen gefaßten Beschlüsse mehrfach durch Resolutionen der gleichen Tendenz. Gewisse Bedenken der Amerikaner und die Teilnahme von Vertretern der christlichen Gewerkschaften Deutschlands hinderten auch nicht, daß der Kongreß der *Bergarbeiter* im August 1920 einstimmig beschloß, daß „alle Länder endgültig für die Nationalisierung oder Sozialisierung der Bergwerke eintreten“ sollten; die neubeschlossenen Satzungen der wiedererrichteten Internationale nahmen denn auch geradezu als Kennzeichnung des Zwecks die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Bergarbeiter sowie die Beseitigung des Kapitalismus durch die Sozialisierung der Bergwerke auf. Längere Debatten erregte die Sozialisierungsfrage auf dem internationalen Kongreß der *Landarbeiter*; man war sich einig über die Notwendigkeit, den Grund und Boden überall in Gemeinbesitz überzuführen, aber über den geeignetsten Weg der Sozialisierung der Landwirtschaft gingen die Meinungen auseinander. Immerhin wurde einmütig der Verbandsleitung zur Pflicht gemacht, alle Versuche zur Sozialisierung des Landbaus zu unterstützen.

Endlich hielten es die internationalen Tagungen in der Regel auch für ihre Pflicht, Stellung zu nehmen zu den die Arbeiterinteressen hervorragend berührenden *politischen Fragen*. So entbot die Berner Konferenz in einer warmherzigen Resolution den Revolutionen ihren Gruß, die hier und dort die Throne gestürzt und die Herrschaft der Bourgeoisien beseitigt hätten. Die Konferenz grüßte „die neuen Demokratien, die für die Befreiung der Arbeiterschaft innerhalb eines gerechten und dauernden Friedens neue Möglichkeiten eröffnen“. In Bern wie in Amsterdam wurde ferner Stellung genommen zu dem Problem des *Völkerbundes*; der Mißgeburts eines Bundesprogramms, wie es die Ententeregierungen in die Welt gesetzt hatten, stellten die Vertreter der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ihr Ideal eines Völkerbundes entgegen: eines Bundes gleichberechtigter Völker, der Freiheit der Entwicklung aller verbürgte, Kriege verhinderte, die internationale Verteilung der Rohstoffe und die Regelung des internationalen Verkehrs in die Hand nähme und den internationalen Arbeiterschutz förderte.

Von größter Bedeutung war es vollends, daß die meisten internationalen Kongresse sich mit aller Entschiedenheit *gegen neue Kriege* aussprachen und ihren Willen kundtaten, alles zu tun, um derartige *Kriege zu verhindern*. Diese Beschlüsse, diktiert von dem ernstesten Willen, ihnen auch Geltung zu verschaffen, gewannen besondere Bedeutung bei jenen Arbeiterkategorien, ohne deren Mitwirkung eine Kriegführung nicht denkbar ist. Hier gingen die *Transportarbeiter* im März 1920 voraus mit einem Beschluß, „alle zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um neue Kriege zu verhindern“. Es folgte der *Bergarbeiterkongreß* im August 1920, der einstimmig beschloß, daß die Bergarbeiter verpflichtet wären, „im Fall einer aggressiven militärischen Politik eines Staates“ die Arbeitsniederlegung zu proklamieren. Der Stellungnahme der Bergarbeiter folgte gleich darauf eine nicht weniger wichtige des internationalen Kongresses der

Seeleute; er nahm eine Resolution an, daß die Seeleute zur Verhinderung künftiger Kriege weder Truppen noch Munition befördern dürften. Und endlich dokumentierte noch der internationale *Metallarbeiterkongreß*, die Zusammenfassung der in der Rüstungsindustrie beschäftigten Arbeiter, den Willen der hier vertretenen Teile des Proletariats, den kriegerischen Bestrebungen des Kapitalismus „den festen Willen und die ganze Aktionskraft des Proletariats entgegenzusetzen“.

Es blieb nicht bei Kongreßresolutionen und allgemeinen Richtlinien. In erhöhtem Maße führte das Gefühl internationaler Solidarität zu *Aktionen* ... So unternahm es der Internationale Gewerkschaftsbund, den von der Gegenrevolution in der schamlosesten Weise mißhandelten, ihres Organisationsrechts bis auf dürftige Reste beraubten, wehrlos dem Wüten der weißen Ordnungsbestie ausgelieferten Arbeitern *Ungarns* durch die Proklamation eines internationalen Boykotts gegen das von dem Diktator *Horthy* beherrschte Ungarn zu Hilfe zu kommen. Es war ein Unternehmen, wie es früher nie versucht worden war, eine Maßnahme, die an die internationale Solidarität und Opferwilligkeit der Arbeiter höchste Anforderungen stellte, die sicherlich ein großes Wagnis bedeutete, aber in jedem Falle wert war, gewagt zu werden ...

Die größte Bedeutung erlangte aber die Aktion, die, in Einklang mit den erwähnten Beschlüssen so zahlreicher internationaler Kongresse gegen neue Kriege, im Sommer 1920 eingeleitet wurde, *um den kriegerischen Unternehmungen gegen Rußland Einhalt zu gebieten*. Schon im April des Jahres richtete das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes an die Transportarbeiter die Aufforderung, die Verfrachtung von Munition für die Ententetruppen in Rußland zu verweigern. Der Aufruf fand lebhaften Widerhall. Anfang August erschien eine neue Kundgebung: Der Gewerkschaftsbund habe weder für Polen noch für den Bolschewismus besondere Sympathien. Aber jeder Krieg und jedes Blutvergießen sei zu verurteilen und müsse durch Verweigerung jeder Beförderung von Munition und Truppen verhindert werden. — In der zweiten Augushälfte folgte ein weiterer Aufruf: „Die organisierten Arbeiter der Welt haben sich gemäß den Beschlüssen der internationalen Gewerkschaftskongresse von Bern und Amsterdam bereitzuhalten, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln den Krieg zu bekämpfen und vereint vorzugehen, um den Frieden zwischen allen Völkern herzustellen.“ Die Arbeiter sollten überall jede Beförderung von Truppen und Munition verhindern: „Nicht ein Zug mit Munition darf verkehren, nicht ein einziges mit Kriegsmaterial beladenes Schiff den Hafen verlassen, nicht ein einziger Soldat soll weiterbefördert werden! Der Internationale Gewerkschaftsbund erklärt, daß die Proletarier aller Länder diese Aktion durchführen können und müssen ... In dem Bestreben, die Freiheiten der Arbeiter und die Entwicklung der sozialen Errungenschaften zu beschützen, und in der Überzeugung, daß nur der Wille der Arbeiter den Kriegen Einhalt zu gebieten vermag, fordert der Internationale Gewerkschaftsbund alle Landeszentralen auf, sich bereitzuhalten, um nötigenfalls durch Massenaktionen oder durch den Generalstreik ihren Entschluß durchzusetzen ... *Krieg dem Kriege!* Dies sei die allgemeine Losung, in der alle Arbeiter der ganzen Welt sich vereinigen!“

Die Haltung großer Teile der europäischen Arbeiterschaft zeigte den Regierenden mit bewundernswerter Entschiedenheit, daß man nicht gewillt sei, eine neue Weltkatastrophe hereinbrechen zu lassen, daß ein neuer Geist an die Stelle des alten, der 1914 den Ausbruch des Weltkrieges so leicht gemacht hatte, getreten sei. Und zweifellos verfehlte die Geschlossenheit und Energie der Arbeiter nicht, auf die Herrschenden einen tiefen Eindruck zu machen. Die Gewerkschaftsinternationale bewies, daß sie ein Faktor sei, mit dem gerechnet werden müsse. Gelang es ihr noch nicht, ihren Aktionen genügende Kraft zu verleihen, so trat sie mit ihnen doch in bedeutsamer Weise aus der Reserve einer bloßen Vermittlungsstelle für die gewerkschaftlichen Erfahrungen hüben

und drüben heraus; sie wurde *eine Organisation zur aktiven Verfechtung der Lebensinteressen des Weltproletariats*.

IV

Wie keine andere Institution scheint die Internationale der Gewerkschaften berufen, der Völkerverständigung, der Völkerversöhnung zu dienen. In allen Ländern die Massen, die eigentlichen Träger der Wirtschaft umfassend, wird es an ihr sein, den wahren Völkerbund aufzurichten und schon heute wesentliche seiner Funktionen zu erfüllen.

Das Bild, das die weltüberspannende Gewerkschaftsbewegung zeigt, ist bunt; verschiedene Tendenzen ringen miteinander, verschiedene Entwicklungsstufen zeigen verschiedene Physiognomien der Organisationen. Aber es fehlt deshalb doch nicht das Gemeinsame. Nicht im Sinne einer Uniformität der Bewegung, die unmöglich erscheinen muß angesichts der unterschiedlichen wirtschaftlichen, rechtlichen und sozialen Voraussetzungen in den verschiedenen Ländern und Erdteilen, aber im Sinne des starken Empfindens der allgemeinen Interessensolidarität, des klaren Willens zum gemeinsamen Wirken, der festen Entschlossenheit, durch treues Zusammenstehen in allen entscheidenden Fragen mitzuhelfen an einer neuen Völkergemeinschaft, die keine Knechtung und Ausbeutung mehr kennt.

EKKEHART KRIPPENDORFF

Kennedy und die Stahlindustrie

Ein politischer Sieg und seine Konsequenzen

I

Die äußeren Ereignisse sind bekannt: In den 72 Stunden zwischen dem 10. und 19. April 1962 erlebten die USA mit der Ankündigung und dann Rückgängigmachung der Erhöhung des Stahlpreises einen ihrer dramatischsten innenpolitischen Momente der Nachkriegszeit. Um jedoch die auf lange Sicht für das Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Verhältnis (*labor—management*) und darüber hinaus für die amerikanische Demokratie tiefgreifende Bedeutung dieses Vorganges ermessen zu können, seien die Maßnahmen der Regierung, die die Stahlindustrie zum Rückzug zwangen, hier noch einmal kurz zusammengefaßt:

Taktisch ungeschickt hatte *Roger Blough*, der Vorsitzende der US Steel Corporation, seine Ankündigung ausgerechnet am Vortage einer *Kennedyschen* Pressekonferenz gemacht, die dem Präsidenten Gelegenheit gab, unmittelbar die erregte öffentliche Meinung zu mobilisieren und hinter sich zu bringen. („In dieser ernsten Stunde der Geschichte unserer Nation, konfrontiert mit Krisen in Berlin und Südostasien, fällt es dem amerikanischen Volk ebenso schwer wie mir, eine Situation hinzunehmen, in der eine winzige Handvoll von Stahlmagnaten eine so tiefe Verachtung für die Interessen von 185 Millionen Amerikanern an den Tag legen kann, daß hier persönliche Macht und Profitgier über öffentliche Verantwortlichkeit gestellt wird.“)

In Regierungskreisen zirkulierten gesteuerte Gerüchte von Gesetzesvorlagen zur staatlichen Kontrolle der Stahlindustrie — nicht zum erstenmal, muß man hinzufügen: solche indirekten Drohungen sind zu einer Art „Butzemann“ der Einschüchterung geworden, ohne daß jemand sie wirklich allzu ernst nimmt.

Das Pentagon ließ verlauten, daß Rüstungsaufträge entzogen und solchen Firmen übergeben würden, die die Preiserhöhung nicht mitmachten — eine nahezu tödliche Waffe auch für große Konzerne.

Das Justizministerium kündigte strenge Untersuchungen an, um Verletzungen der Anti-Trust-Gesetze festzustellen — die gleichzeitige Preiserhöhung um 6 Dollar bewies ja ganz offensichtlich eine geheime Absprache unter den beteiligten Firmen.

Um Aufschlüsse darüber zu erhalten, wurden — mit „Gestapomethoden“, wie die Republikaner sich beschwerten — Journalisten und andere in die Vorgänge bei der Stahlindustrie Eingeweihte nachts von der Kriminalpolizei aus den Betten geholt und Unterlagen beschlagnahmt.

Kennedy ließ alle Regierungsmitglieder ihre persönlichen Kontakte zu Aufsichtsräten, Management und Großaktionären mobilisieren — und es ergab sich sozusagen als „Nebeneffekt“ ein enthüllender Einblick in die enge personelle Verschwisterung und Verflechtung von politischer Verwaltungsspitze und Schwerindustrie; tatsächlich ist das Ausbrechen von „Inland Steel“ aus der Einheitsfront der Konzerne, womit deren Kapitulation eingeleitet wurde, entscheidend auf die Ausnützung solcher persönlicher Kontakte zurückzuführen.

Ausschlaggebend für den Erfolg — oder „Sieg“ — der Regierung über die Stahlindustrie dürften jedoch vor allem drei von diesen Faktoren gewesen sein: die Drohung des Entzuges von Rüstungsaufträgen (die allerdings nur wirkt, wenn mindestens ein Konzern nicht „mitspielt“), der Wink mit dem Anti-Trust-Gesetz und schließlich die „öffentliche Meinung“ — denn, nicht zuletzt hatte die republikanisch gesinnte Schwerindustrie der als zu gewerkschaftsfreundlich geltenden demokratischen Regierung einen politischen Schlag versetzen wollen.

II

Es soll hier nicht näher auf die komplexe ökonomische Problematik eingegangen werden; diese läßt sich in Kürze andeuten mit der ständig unausgenützten Produktionskapazität (1957 bis 1961 zwischen 60 und 67 vH), den relativ hohen Lohnkosten (39,6 vH — gegenüber 23 vH in Großbritannien, 21,6 vH in der Bundesrepublik und 12,7 vH in Japan) und den während der Prosperitätsjahre 1953 bis 1957 verdoppelten, relativ hohen Dividenden, die bei gleichzeitig rückgängigem Profit (von 12,4 vH 1954 bis 1957 auf 10,8 vH 1958 bis 1961) nicht genügend Investitionskapital zur Modernisierung und Automatisierung übriglassen. Die Regierung *Kennedy* wollte diesem Problem begegnen a) durch Verhinderung abrupter Lohnforderungen seitens der Gewerkschaften — was ihr durch das vermittelnde Eingreifen ihres Arbeitsministers im März gelang — und b) durch Steuervergünstigungen für Abschreibungen — was der mehrheitlich konservative Kongreß nicht im geforderten Umfange bewilligte.

Doch diese ökonomischen Probleme sind zugleich und vor allem objektiv-gesellschaftlicher Natur, und das gespannte Verhältnis Labor—Management reflektiert nichts anderes als eine unausgetragene soziale und politische Spannung im amerikanischen Gesellschaftssystem. Was im Falle der verhinderten Stahlpreiserhöhung interessant und politisch von weittragenden Konsequenzen ist, das ist das aktive Eingreifen der Regierung, selbst in den sozialökonomischen Prozeß bzw. die neue Rolle der Regierung als Schlichter und „Manipulator“ der beiden gesellschaftlichen Kontrahenten, der Gewerkschaften und der industriellen Machthaber.

Es ist zwar richtig, daß *Kennedy* und die Demokraten politisch bei den Gewerkschaften einen starken Rückhalt haben (schließlich sind diese in ihrer heutigen Form praktisch von *Franklin D. Roosevelt* in den dreißiger Jahren „gegründet“ worden als

politisches Druckmittel der Regierung gegen die inflationäre Politik der Großindustrie und zur Durchsetzung der sozialstaatlichen Maßnahmen des *New Deal*), aber es ist ebenso richtig, daß die Regierung die Gewerkschaften nur so lange protegieren und mit ihnen kooperieren kann und wird, als diese nicht zu selbständig und „eigenmächtig“ Lohn- und Sozialpolitik betreiben. *Kennedy* hat das deutlich werden lassen bereits mit der Ernennung von *Arthur Goldberg*, einem der fähigsten gewerkschaftlichen Anwälte, zu seinem Arbeitsminister — und zwar durchaus zum Mißvergnügen der Gewerkschaften selbst; diese Regierungspolitik beginnt bereits gute Früchte zu tragen: bisher hat Goldberg in drei schwebende bzw. zu erwartende Lohnkonflikte erfolgreich eingegriffen und Kompromisse zustande gebracht, d. h. Streiks vermieden. Und die Gewerkschaften können schwer gegen „ihren eigenen Mann“ sein ...

Was auf den ersten Blick als eine gewerkschaftsfreundliche und businessfeindliche Aktion aussah, eben die Kapitulation der Stahlaktionäre ¹⁾, die zu einer fast geschlossenen Anti-Kennedy-Front der Industrie und Geschäftswelt heute geführt hat, enthüllt sich jedoch als nur eine Seite der Medaille. Nur gut zwei Wochen später veröffentlichte nämlich Kennedys „Beratungsgruppe für Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Fragen“ einen Empfehlungsbericht, der alle Aussicht hat, sehr bald in Gesetzesform zu erscheinen. Und aus diesem unscheinbaren, aber folgenschweren Dokument wird es deutlich, daß der eigentliche Zweck des Regierungseingriffs weniger pro-gewerkschaftlich oder „antikapitalistisch“ war, sondern einen bemerkenswerten Schritt auf dem Wege zu einer gestrafften, kontrollierten, disziplinierten — kurz: nicht mehr „freien“ Wirtschaft darstellt.

In jenem Bericht wird die Ernennung eines „Notstandsausschusses für Tarifstreitfragen“ empfohlen, der in Aktion treten soll, falls in einer Schlüssel- oder Engpaß-industrie Lohnstreitigkeiten auftreten, die zu einer „Bedrohung der nationalen Sicherheit und Wohlfahrt werden können“. Die Ernennung und Einberufung dieses Ausschusses, der „die Öffentlichkeit“ repräsentieren soll, läge in der Hand des Präsidenten, der aufgrund des in einem solchen Notstandsfall anzufertigenden Berichtes „ermächtigt wäre zu entscheiden, ob eine Bedrohung der Nation vorliegt und, wenn ja, ob er den Notstand erklären will“. Notstandserklärung aber bedeutet hier 80tägiges Streikverbot bzw. Zwangsschlichtung durch den Staat. Wenn nach diesen 80 Tagen noch immer kein Kompromiß gefunden sein sollte, kann der Präsident die Angelegenheit dem Kongreß unterbreiten — und hier findet er mit Sicherheit eine gewerkschaftsfreundliche Mehrheit.

Nun kann man sagen, daß dies ja nichts Neues sei, denn das *Taft-Hartley-Gesetz* von 1949 habe ja bereits den staatlich erzwungenen Streikabbruch legalisiert — jedoch: um das *Taft-Hartley-Gesetz* anzuwenden, hatte der Präsident bisher vor Gericht gehen und damit sich auf einen relativ umständlichen und nicht unbedingt erfolgreichen Weg begeben müssen. Diese Sicherheitsvorkehrungen fallen hier weg: mit einem vom Präsidenten ernannten, nach seinem Willen zusammentretenden und ihm dann immer noch die Entscheidungsfreiheit lassenden Ausschuß besäße die Exekutive fast uneingeschränkte Macht über die Gewerkschaften — nachdem sie ihre „harte Faust“ gegenüber den Stahlgesellschaften bereits gezeigt hat (und welcher große oder kleine Konzern wird nach diesem Exempel es noch wagen, eine von der Regierung mißbilligte Preispolitik zu betreiben?).

Das politische Problem, um das es in diesen Auseinandersetzungen geht, ist relativ einfach zu definieren, aber in seinen praktischen Konsequenzen alles andere als deutlich abzusehen: es geht darum, die amerikanische Gesellschaft und Ökonomie zu disziplinieren, um sie international konkurrenzfähig zu erhalten. Die USA können sich angesichts der straffen, zielbewußt planenden sowjetischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung

1) Es wird ein zuverlässiges Kennedy-Wort berichtet aus seinem engeren Beraterkreis: „Mein Vater hat mir immer gesagt, alle Geschäftsleute seien Schweinehunde; ich habe es nie geglaubt — bis das jetzt passierte.“

EKKEHART KRIPPENDORFF

Arbeitslosigkeit, unausgenutzte Kapazitäten und Streiks — kurz: Leerlauf und Verschwendung von Energien — einfach nicht mehr leisten. Oder anders ausgedrückt: ohne rationale Planung und Kontrolle des Wirtschafts- und Gesellschaftsprozesses sind die USA auf lange Sicht nicht mehr lebensfähig — trotz ihres Reichtums und ihrer wirtschaftlichen Macht. In den Worten *Kennedys* aus einer Rede vor der Automobilgewerkschaft am 8. Mai 1962: „Ich kann mir für unsere Sache nichts Katastrophaleres vorstellen, als daß ein Land, das nur über 30 bis 40 vH unseres Sozialproduktes verfügt (die Sowjetunion!), uns plötzlich überrundet.“

Kennedy selbst glaubt, ausschließlich durch staatlich-administrative Zwangsmittel dieses Ziel erreichen zu können — bei prinzipieller (und hier liegt der innere Widerspruch dieser Politik) Beibehaltung der kapitalistischen Gesellschaftsstruktur. Dieser Versuch zu maximaler Rationalisierung und Disziplinierung der gegebenen Sozialordnung entspricht schließlich ganz dem intellektuell-nüchternen Stil der neuen Regierung. *Kennedy* führte das in einer Rede vor einer Konferenz führender Persönlichkeiten aus den Gewerkschaften, der Wirtschaft und der Wissenschaft am 21. Mai 1962 aus:

„Im Grunde sind doch die meisten oder wenigstens sehr viele unserer Probleme technisch-administrativer Natur. Sie verlangen ein hohes Maß an Sachwissen und bieten keinen Grund für leidenschaftliche Kämpfe, die dieses Land so oft in der Vergangenheit erregt haben. Wir haben es hier mit Fragen zu tun, die' das Verständnis der meisten Menschen übersteigt, selbst das der meisten Politiker, und über die sogar Fachleute sich nicht immer einig sind — und doch bedienen wir uns noch immer eines traditionellen politischen Systems.“ Es sei darum erforderlich, drängte der Präsident seine Hörer, „politischweltanschauliche Einstellungen fallenzulassen“ zur Lösung dieser „rein sachlich-technischen Probleme“.

Nun ist es eine Frage politischer Spekulation, wie man diese Vorgänge auf zukünftige Möglichkeiten hin interpretiert; die republikanische Rechte, die traditionell gegen jede sozial-, wohlfahrts- und planstaatliche Maßnahme ist, warnt vor „Sozialismus“, der vom Kommunismus sowieso nur als graduell unterschieden wahrgenommen und mit Planung, Staatseigentum und Verlust der individuellen Freiheit gleichgesetzt wird. Die demokratische Linke hingegen, zumeist außerhalb der Demokratischen Partei stehend, tendiert dazu, die Stärkung der Präsidiengewalt gegenüber den „Sozialpartnern“ als erste Schritte zu einer neuen Art Faschismus zu interpretieren — Faschismus verstanden als die gewaltsame Aufrechterhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung mit den Mitteln staatspolitischer Gewalt, wobei die legitimierende Ideologie zweitrangig ist.

Und in der Tat ist es, die europäisch-deutschen Erfahrungen vor Augen, eine unbehagliche Angelegenheit, wie selbstverständlich und unqualifiziert im Namen des „nationalen Interesses“, der „Gesundheit und Sicherheit der Nation“ usw. Stahlgesellschaften so gut wie Gewerkschaften diszipliniert, ihre Partikularinteressen unterdrückt und sie selbst „zur Ordnung gerufen“ werden. Daß es geradezu absurd wäre, *Kennedy* selbst faschistoider Tendenzen zu verdächtigen (man sträubt sich, es überhaupt hinzuschreiben), bedarf keiner Begründung — aber die objektiven sozialen, ökonomischen und politischen Widersprüche der amerikanischen Gesellschaft bergen potentiell die Gefahr in sich, daß ihre Lösung eher rechts denn links gesucht wird.

GOETHE

Uns ist wohl, sagte ein brüderlich gleicher Tannenwald zur Zeder, wir sind so viel, und du stehst allein, — Ich habe auch Brüder, sagte die Zeder, wenngleich nicht auf diesem Berge.